

Home > Politik > Festivalleiter zu Israel-Solidarität und Berlinale-Eklat: Mein Umfeld hat Angst, das wollen sie erreichen

Festivalleiter Gass: Mein Umfeld hat Angst, das wollen sie erreichen

Zum Abschluss der Berlinale blieben antiisraelische Parolen auf offener Bühne unwidersprochen. Lars Henrik Gass über Boykotte, Ressentiments und Kulturfeindlichkeit.

Interview: [Harry Nutt](#)

26.02.2024 | 13:38 Uhr



Lars Henrik Gass ist Chef der Oberhausener Kurzfilmtage
kurzfilmtage/Daniel Gasenzer

Kurz nach dem 7. Oktober solidarisierte sich Lars Henrik Gass, der Leiter der Oberhausener Kurzfilmtage, mit den Opfern der [Hamis](#). Seither wird sein Festival boykottiert und sein Rücktritt gefordert. Wir sprachen kurz nach der [Berlinale](#) mit ihm über die politisierte Stimmung in der Filmwelt und die öffentlichen Reaktionen darauf.

Herr Gass, bei der Preisverleihung der Berlinale ist es seitens einiger Akteure der Filmwelt zu einseitigen Solidaritätsbekundungen mit Palästina gekommen. Wie haben Sie die wahrgenommen?

Das war zu erwarten. Schlimmer noch fand ich Beifall und Schweigen im Saal. Und ganz schlimm die Postings, die zwischenzeitlich im Netz unter „Berlinale.Panorama“ kursierten und die Aussage „Free palestine. From the river to the sea“ verbreiteten, die bekanntlich unter Strafe gestellt ist.

Wie beurteilen Sie das Verhalten der Berlinale-Leitung, die ja zu Beginn emphatisch bekannt hat, dass Hass nicht auf der Gästeliste der Berlinale stehe?

Symbolpolitik ist der Versuch, Konflikte von sich fernzuhalten. Verständlich, aber in der Regel wirkungslos.

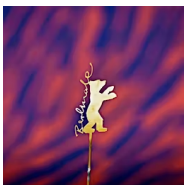
Guten Morgen, Berlin
Newsletter

Der Blick vom Alex auf die wichtigen Themen.
Täglich in Ihrem Postfach.

Ja, ich möchte über weitere Beiträge informiert werden. Ich bin damit einverstanden, dass die Berliner Verlag GmbH zu diesem Zweck meine E-Mail-Adresse speichert. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Zwei Wochen nach den brutalen Überfällen der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober haben Sie als Leiter der Oberhausener Kurzfilmtage zur Solidarität mit Israel aufgerufen. Kurz darauf erschien ein offener Brief anonymen Ursprungs, in dem von etwa 2000 Filmschaffenden zu einem Boykott Ihres Festivals aufgerufen wurde, solange Sie dort an der Spitze stehen. Was ist seither geschehen?

Darunter sind Leute, die wir Jahrzehnte kennen und gezeigt haben; zwei, drei haben uns angesprochen, alle anderen nicht. Solche Kampagnen haben eine Funktion nach innen, nämlich Gesinnungsgemeinschaft, und eine nach außen, nämlich Isolation und Beschädigung alles Abweichenden. Wir werden boykottiert, weniger durch einzelne Filmemacher als institutionell. Ein Verleih schrieb, wir nehmen nur teil, wenn ihr einen Film des Filmemachers zeigt, der „Strike Germany“ unterzeichnet hat. Diesen Filmemacher hatten wir immer wieder im Programm, schon vor Jahrzehnten, der wird also wirklich nicht „gesilenced“. Da der Filmemacher entschied, hier nicht gezeigt zu werden, entschied der Verleih, gar nichts einzureichen. Dabei geht es gar nicht darum, was wir gesagt haben und worauf es sich bezog, nämlich antisemitische Vorkommnisse in Neukölln. Es geht nicht um Aufklärung, sondern darum, dass wir nicht auf der „richtigen“ Seite stehen, um das, was wir nicht sagen: dass in Gaza angeblich ein „Genozid“ stattfindet und Israel verschwinden müsse. Man kann an ein antiaufklärerisches Projekt nicht mit Mitteln der Aufklärung appellieren.



Nach Äußerungen zu Gaza-Krieg: Berlinale distanziert sich

Gaza 25.02.2024





Eklat auf Berlinale: Preisträger bezichtigen Israel des Genozids – das Publikum applaudiert

Kultur 25.02.2024



„Ich wurde als Rassist diffamiert“

Sie sind in der Filmwelt eine gestandene Größe. Haben Sie während des wochenlangen Shitstorms Unterstützung von Kollegen und verwandten Einrichtungen erhalten?

Ziel der Kampagne ist Dissoziation. Ressentiment funktioniert immer irgendwie. Das Internet erlaubt und befördert eine Affektökonomie, Trump hat es vorgeführt, die demokratischen und rechtsstaatlichen Umgang ersetzt. Vor jedem Gericht hat man mehr Chancen. Kein Verband, kein Festival hat sich mit uns solidarisch erklärt oder uns unterstützt. Im Gegenteil, ein Verband, den wir mitgegründet haben, hat ein anonymes Schreiben, in dem ich als Rassist diffamiert werde, an alle Mitglieder versendet, ohne dass wir zuvor die Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten hatten; eine Stellungnahme wird uns bis heute verweigert.

Unterstützung erfahren wir im parteipolitischen Raum, weil, so vermute ich, die Frage berührt ist, ob demokratische Gesellschaften noch überlebensfähig sind, wenn anonym gesteuerte Kampagnen und aggressive Störaktionen auf der Straße toben. Wenn wir so lange schreien, bis der politische Gegner oder Israel von der Landkarte verschwunden sind, ist auch von der Demokratie nichts mehr übrig.

Wie wirken sich die Boykottaufrufe konkret auf Ihre Arbeit aus?

Mein Umfeld hat Angst. Und das soll ja erreicht werden. Mit Angst aber kann man ganz schlecht kommunizieren. Und mit Regungslosigkeit kann man auch keine gesellschaftlichen Konflikte lösen.

Seit dem 7. Oktober scheint die deutsche Kulturwelt wie verwandelt. Wie gehen Sie als verantwortlicher kulturpolitischer Akteur mit einer solchen Atmosphäre des Misstrauens und der psychischen, mitunter auch offenen Gewalt um?

Kampagne und Ressentiment werden bleiben, wir werden bleiben. Ich frage mich nur, wo das enden soll.

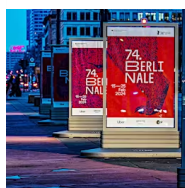


imago

ZUR PERSON

Lars Henrik Gass, 1965 in Kaiserslautern geboren, ist Filmhistoriker und Autor. Seit 1997 ist er Leiter der Internationalen Kurzfilmtage, die 1954 gegründet wurden und als ältestes Kurzfilmfestival der Welt gelten. 1962 ging von diesem Festival das sogenannte Oberhausener Manifest aus, das programmatisch den Neuen Deutschen Film begründete. Gass hat Literatur- und Theaterwissenschaft an der FU Berlin studiert und zahlreiche Bücher zu Filmthemen veröffentlicht. Er ist ein durch das Oberhausener Manifest bekannter Filmwissenschaftler und Dramatikerin. **Verständnis für die besondere historische Verantwortung deutscher Kultureinrichtungen zu geben. Wie erleben Sie das?**

Schon vor den jüngsten Kampagnen, die zu regressiven und repressiven Formen des politischen Protests geführt haben, abweichende Meinungen einfach niederzuschreiben, wurde der universalistische Anspruch großer internationaler Kunstaussstellungen und Festivals angegriffen. Den Begriff „Filmwelt“ sollte man differenziert sehen; in Deutschland gab es im Filmbereich auch Positionierungen gegen Antisemitismus. Eine spezifisch deutsche „historische Verantwortung“ aber kann ich nicht erkennen, denn Antisemitismus ist egal wo und egal woher der Würde des Menschen entgegengesetzt.



Protestwelle: Welche politischen Stürme der Berlinale jetzt drohen

Debatte 12.02.2024



Carlo Chatrians vergiftetes Abschiedsgeschenk an Claudia Roth: Der Ehrenbär für Martin Scorsese

Kino & Streaming 20.02.2024



„Wir schaffen fremdenfeindliche Gesinnung nicht aus der Welt“

Während der gerade zu Ende gegangenen Berlinale war man auf vielfältige Weise um eindeutige Positionierungen bemüht. Viele fanden das arg bemüht und überpolitisiert. Wie haben Sie das wahrgenommen?

Schon länger gewinnt man den Eindruck, dass dort Gesinnung wichtiger als Kunst ist. Je größer das Festival, desto aggressiver die Forderungen, die an es gestellt werden, auf Teilhabe, aber auch auf politische Haltung bezogen. Dahinter lauert der Vorwurf des Missbrauchs, eine Zusammenstellung sei nicht „divers“ genug oder eine Entscheidung nicht „transparent“. Eine Machtposition, in der einer entscheidet, gilt per se als verdächtig. Um Filme, also Artefakte, geht es kaum noch. Es handelt es sich um eine Art Objektvermeidung. Doch ein Festival ist kein Serviceunternehmen für Filmschaffende, sondern der universalistische Anspruch, dass eine Auswahl, wie Habermas sagen würde, uns alle angehe. Die Kampagne gegen die Berlinale, weil Mandatsträger der AfD eingeladen worden waren, übertrug die Struktur des „Graswurzel“-Ressentiments, das wir aus den antiisraelischen Kampagnen kennen, auf das Engagement gegen rechts, blieb aber genauso antiaufklärerisch und antiparlamentarisch. Nur die Verfassung bewahrt uns noch vor der Hölle. Wir schaffen fremdenfeindliche Gesinnung nicht aus der Welt, wenn wir Mandatsträger ausladen. Das ist eine Fiktion von Widerspruchsfreiheit. Antisemitisch an der letzten Documenta waren ja nicht nur die Darstellungen von Juden, sondern der totalitäre Entwurf einer Volksgemeinschaft, der man sich ohne Widerstreit unterzuordnen habe. Delphine Horvilleur sagt, der Jude erinnere daran, dass die Welt unvollkommen ist; das mache ihn schuldig.

„Dialog findet nicht mehr statt“

Kulturstaatsministerin Roth spricht von Codes of Conduct. Eine sogenannte Antisemitismusklausel von Berlins Kultursenator Joe Chialo wurde aus rechtlichen Bedenken wieder eingezogen. Wie soll, wie kann staatliche Kulturpolitik mit solch einer Situation umgehen?

Es besteht ein durch die Verfassung begründeter Anspruch auf Meinungsfreiheit, nicht auf Förderung von Darstellungen und Aktionen, die der Würde des Menschen entgegenstehen.

Die Oberhausener Kurzfilmtage stehen auf besondere Weise in der Tradition eines kritisch-politischen Kunstverständnisses. Wäre nicht gerade jetzt die Zeit für einen konstruktiven Dialog?

Dialog ist immer konstruktiv. Er findet aber nicht statt. Die einen schreien oder nehmen gar nicht erst teil; die anderen verfallen in eine Schonhaltung, schweigen oder gehen auf Distanz. Kultur und Geisteswissenschaften waren einmal die Bereiche der Gesellschaft, in denen man genauer denken und wahrnehmen konnte und wollte. Das ist vorbei. Die Kulturferne des Kulturbetriebs, der Mangel an Empathie, die ich dort in weiten Teilen erlebe, finde ich erschreckend. Ich kenne Leute an Universitäten, die vor leeren Sälen sitzen, weil keiner mehr zuhören will. Wenn wir keine Ambiguitätskompetenz mehr wollen, müssen wir uns um die Demokratie Sorgen machen.

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.